

## **Unterrichtung**

### **durch die Bundesregierung**

#### **Bericht der Bundesregierung über den Stand der Einbindung relevanter Akteure wie Taiwan in allen Organen der Weltgesundheitsorganisation**

Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützt die Bundesregierung die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwans in internationalen Organisationen. Dies wurde sowohl im Koalitionsvertrag, als auch in der im Juli 2023 verabschiedeten China-Strategie der Bundesregierung bekräftigt. Gerade bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren sollte sichergestellt werden, dass alle relevanten Akteure, inklusive Taiwan, direkten Zugang zu notwendigen Informationen erhalten. Die Bundesregierung setzt sich daher nachdrücklich für eine technische Einbindung Taiwans in der Weltgesundheitsorganisation und für einen Beobachterstatus Taiwans bei der Weltgesundheitsversammlung ein. Dies erfolgt zum einen in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Volksrepublik China und zum anderen beteiligt sich die Bundesregierung in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Staaten unter anderem an Demarchen gegenüber der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie fordert eine Einbindung Taiwans zum Beispiel über einen Beobachterstatus bei der Weltgesundheitsversammlung, wie er zwischen 2009 und 2016 möglich war. Bei den Demarchen der gleichgesinnten Länder war 2023 im Vergleich zu Vorjahren eine wachsende Unterstützung für die Einladung Taiwans als Beobachter zur Weltgesundheitsversammlung und technische Einbindung Taiwans in WHO-Prozesse wahrzunehmen.

Die WHO hat versichert, dass eine Einbeziehung von Taiwan auf technischer Ebene regelmäßig stattfindet.

Wie auch im Vorjahr enthielten die Kommuniqués der G7-Außen und G7-Gesundheitsminister in 2023 eine Forderung zu Taiwans sachbezogener Teilnahme in der WHO und der Weltgesundheitsversammlung.

In der Plenardebatte der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2023 wurde gleich zu Beginn über den Antrag, einen zusätzlichen Agenda-Punkt über den Beobachterstatus Taiwans bei der Weltgesundheitsversammlung in die Tagesordnung aufzunehmen, diskutiert. Hierbei wurde erneut nach der bekannten „2+2“-Debatte verfahren. Entsprechend diesem Prozess hatte am Vortag das nichtöffentliche Generalkomitee, in dem Deutschland kein Mitglied war, eine Empfehlung beschlossen, den Antrag nicht auf die Tagesordnung aufzunehmen. In der Plenardebatte sprachen sich zwei Delegationen für den Antrag aus (Eswatini, Marshallinseln) und zwei dagegen (Volksrepublik China, Pakistan). Anschließend stellte der Vorsitzende fest, dass Konsens bestehe, dem Antrag nicht stattzugeben.

Wie auch 2022 hat die Bundesregierung im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2023 in einer der nationalen Erklärungen explizit namentlich eine Einbindung Taiwans gefordert.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin für eine sachbezogene Teilnahme Taiwans in der WHO generell und im Speziellen einen Beobachterstatus in der Weltgesundheitsversammlung einsetzen. Bereits jetzt beginnen Abstimmungen unter den gleichgesinnten Staaten zum weiteren Vorgehen bis zur nächsten Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024.

